

deutscher Großstädte führten. Die damals vorhandene Tendenz war zunächst auf die organisatorische Zusammenfassung von gelernten und ungelernten Arbeitern im Handelsgewerbe gerichtet. Doch bereits im Jahre 1892 kam es zur Trennung der Handlungsgehilfen von den Handelshilfsarbeitern, weil sich herausgestellt hatte, daß die Handlungsgehilfen die gemeinsame Organisation mit den Handelshilfsarbeitern ablehnten. Nach dieser Trennung setzte eine etwas lebhaftere Bewegung ein, die leider gestört wurde durch die Richtungskämpfe zwischen den Lokalfisten und Zentralisten.

Der Kongress zu Altenburg, Weihnachten 1896, auf dem die Gründung der Zentralorganisation beschlossen wurde, war ein Wendepunkt. Aber erst vom Jahre 1900 an setzte eine ruhige zielstrebige Entwicklung unserer Organisation ein. Der in diesem Jahre von der Organisation erfolgreich durchgeführte Lohnkampf bei der Großen Berliner Straßenbahn wirkte außerordentlich fördernd auf die Organisationsentwicklung. Durch unermüdete Arbeit, Einsetzung aller Kraft, durch eiserne Energie und Zähigkeit ist es im Laufe der Jahre gelungen, alle Widerstände zu überwinden und aus den Partien von ehemals denkende und bewußt handelnde Menschen zu machen, unsere stupiden interesselosen Arbeitsbrüder zu gewerkschaftlichen Kämpfern zu erziehen.

Groß sind die Erfolge, die auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiete und in bezug auf Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt worden sind.

Mit dem Wachsen der Organisation steigerten sich immer mehr die Schwierigkeiten der Unterbringung der Organisationseinrichtungen. Schon vor mehr als 26 Jahren, und zwar im Jahre 1903, tauchte die Idee der Schaffung eines eigenen Heims auf. Ihre Verwirklichung scheiterte aus Mangel an Mitteln. Heute sind wir dank der Opferwilligkeit der Mitglieder soweit, an die Errichtung eines modernen Bürohauses heranzugehen zu können. Bis zum 1. Juli 1929 ist für diesen Zweck die Summe von rund 1 326 000 M. von den Mitgliedern aufgebracht worden. Eine Leistung, auf die wir stolz sein können. Dafür danken wir allen Mitgliedern von dieser Stelle aus auf das herzlichste.

Mit seinen nahezu 400 000 Mitgliedern stellt der Deutsche Verkehrsband heute einen Machtfaktor dar, dessen Bedeutung durch die demnächst erfolgende Verschmelzung mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter eine wesentliche Stärkung erfahren wird. In solidarischem Zusammenarbeiten mit den freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden wir auch weiterhin mithelfen, die Ziele der Arbeiterbewegung zu erreichen. Aber auch mit der politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wird unser Zusammenarbeiten wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft ein gutes, von gegenseitigem Vertrauen getragenes, sein.

Das Haus, das wir errichten, wird nicht nur den Mitgliedern des Deutschen Verkehrsbandes als Wappenstein für die zukünftigen Kämpfe dienen, sondern in ihm werden auch die zurzeit im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und im Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zusammengeschlossenen Mitglieder eine vollwertige Vertretung ihrer Interessen finden. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann werden in nicht allzu ferner Zeit weitere Organisationen unserem Beispiel folgen und Anknüpfung an den Gesamtverband suchen.

Das Vertrauen an die eigene Kraft und der Glaube an die Sieghaftigkeit der Idee haben uns zu den bisherigen Erfolgen geführt und werden uns auch in Zukunft zu weiteren Erfolgen, zu weiteren Siegen führen.

Namens der Vorstände der geeinten Verbände übergebe ich nunmehr die Urkunde über die Grundsteinlegung dem Behälter aus Stein und Metall. Ein Abdruck der Urkunde wird allen Teilnehmern übermittelt werden.

Wenn einst der Zahn der Zeit diese Materialien ans Tageslicht fördern wird, dann werden die später Lebenden daraus entnehmen können, daß der Kampf um den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse in unserer Zeit ein schwerer, aber erfolgreicher war.

Nachdem der Behälter mit den Materialien und der Urkunde in den Grundstein verlegt und dieser geschlossen war, erfolgten die üblichen drei Hammerschläge durch

den Vorsitzenden Schumann, der sie mit folgenden Worten begleitete:

Das auf diesem Stein zu errichtende Haus soll sein ein Wahrzeichen vereinter Kraft und Geschlossenheit,

eine Stätte brüderlichen und solidarischen Wirkens,

eine Wappenstein für den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Nach dem Kollegen Schumann sprach der Kollege Müntzer, Vorsitzender des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Er begleitete die Hammerschläge mit folgenden Wünschen:

Für den gewerkschaftlichen Fortschritt, für den vollkommenen Zusammenschluß aller Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Verkehrs,

für den nationalen und internationalen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Arbeiterklasse in unzerstörbarem Glauben an unsere Mission.

Kollege Busch, der Vorsitzende des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter bekräftigte durch seine Hammerschläge den neuen Bund:

Wille, Klarheit und Solidarität sind die Bausteine zu diesem Hause. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter wird im Rahmen der neuen Großorganisation an der Erweiterung dieses Hauses mit allen Kräften mitarbeiten.

Fünf Millionen Gewerkschafter sprachen durch den Mund Leiperts, des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Der gesammelten Kraft der organisierten Verkehrsarbeiter entspringen, sei dies Haus nach seiner Fertigstellung den Mitgliedern des Ver-

bandes und der gesamten Arbeiterschaft in allen Zeiten ein Sinnbild der Macht und Beständigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, ein Ansporn zu immerwährendem treuen Wirken für die Stärkung der gewerkschaftlichen Macht.

Es sei ein Haus der solidarischen Brüderlichkeit, ein Haus der Eintracht und der Einigkeit!

Für die Bewohner des Hauses, die in ihm wirken und schaffen werden, sei das Haus in aller Zukunft eine Stätte erfolgreicher Arbeit, die getragen ist von dem sicheren Vertrauen der Arbeiterschaft.

Es sei ein Haus der uneigennütigen Hingabe und der begeisterten Liebe zur Arbeiterschaft!

Wie die deutschen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit mitwirken am Bau eines freien Volksstaates und einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung, so werde auch dies Haus zu einem starken Pfeiler des kommenden sozialen Gemeinwesens.

Dies Haus sei ein Volkshaus, ein Haus des wahren freien Volksglaubens.

Zum Schluß, wie ein Trompetensignal zur Aktivität, der unermüdete Otto Weis, der als Vorsitzender der größten Arbeiterpartei der Welt die Wünsche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands überbrachte. Er schloß seine anfeuernde Ansprache, in der er vor allem die Waffenbrüderschaft zwischen Partei und Gewerkschaft feierte mit den Worten:

Den früheren Kämpfern zur Ehr, der Gegenwart zur Wehr, der Zukunft zur Wehr.

Kollege Schumann schloß den feierlichen Akt mit einigen herzlichen Dankesworten.

Die Stadt Berlin.

Berlin ist nicht nur eine große, sondern auch eine schöne Stadt. Es konnte ein großes Wirtschaftsgebilde entstehen, weil die Reichshauptstadt an der großen europäischen Verkehrsstraße liegt. Den Zusammenschluß der vielen Wirtschaftsteile zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebilde danken wir den weitsichtigen Politikern der preussischen Regierung und des Landtages nach der Revolution.

Mit nur geringer Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Demokraten ist das Gesetz über Groß-Berlin am 27. April 1920 geschaffen worden.

8 Städte, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke, also 94 Gemeinden des großen Wirtschaftsgebietes, wurden durch dieses Gesetz zu einem Gemeinwesen vereinigt. Der Zweckverband aus der Vorkriegszeit, geschaffen durch Gesetz vom 19. Juli 1911, hatte sich als unzulänglich erwiesen, obwohl er auch vorbereitende Arbeit zum Zusammenschluß geleistet hat. Der Zweckverband konnte aber die Probleme der Gesamtinteressen der Bevölkerung nicht lösen. Es mußte erst die Einheitsgemeinde Groß-Berlin geschaffen werden, um die Räder der einzelnen Gemeinden zu beheben und die Soziallasten gleichmäßig zu verteilen.

Bei der Schaffung der Stadt Berlin gab es große Gegner. Die bürgerlichen Rechtsparteien fürchteten die Arbeitermehrheit im Rathaus. Undere glaubten, daß ein solcher Verwaltungskörper nicht funktionieren könnte. Alle Befürchtungen sind zunichte geworden. Die groß aufgezogene „Dass-von-Berlin-Bewegung“ hat längst das Zeitliche geleistet.

Die Stadt hat einen Aufschwung genommen, der allen, die die Entwicklung der letzten zehn Jahre kennen, nur Bewunderung abtönen kann.

Berlin ist heute das große Wirtschaftszentrum Deutschlands. Es wird es einst von Europa sein. Schon heute gibt es kein größeres Wirtschaftsunternehmen, das nicht seine Vertretung in Berlin hat. Alles, was in Deutschland wirtschaftlich aufwärts strebt, muß in Berlin vertreten sein.

In Berlin herrscht der Rhythmus der Arbeit. Große Arbeitermassen beherrschen das Bild der Straße zu Beginn und Ende der Arbeitszeit. Von 4,299 Millionen Menschen am 1. Februar 1929 sind 2,3 Millionen hauptsächlich erwerbstätig. Das sind 54,3 v. H. der Bevölkerung. Von je 100 der männlichen Einwohner sind 74,9, von 100 der weiblichen Bevölkerung sind 86,8 erwerbstätig. Die Zahl der gewerblichen Betriebe beträgt 300 000 mit 1 1/2 Millionen beschäftigten Personen. Die Zahl der verwendeten motorischen PS beträgt 710 000. Nach der Berufsabteilung von 1925 hatte Berlin über 1 Million Arbeiter, 665 000 Angestellte und Beamte und 336 000 Selbständige.

Berlin ist aber auch eine schöne Stadt. Leider kann ein Delegierter, der zu angelegter Geistesarbeit nach Berlin kommt, in wenigen Tagen nicht allzuviel davon genießen. Die innere Stadt wird immer mehr geschäftig. Die großen Wohnstätten der Arbeiter behnen sich bis an die Peripherie.

Innerhalb der letzten zehn Jahre sind Wohnneubauten entstanden, die ganze Städte darstellen.

Es ist aber nicht nur im reichen Westen gebaut worden, sondern gerade in den Wohngebieten der Arbeiter.

Brick-Neukölln, Reinickendorf, Weissenhof, Nichtenberg usw. weisen die größten neuen Siedlungen auf. Heute herrscht zwar noch großer Wohnungsnot, weil die Stadt Berlin nicht die finanziellen Mittel zu umfangreicheren Wohnbauten beschaffen kann. Trotdem befinden sich gegenwärtig 36 000 Wohnungen im Bau.

Berlin ist nach dem Flächeninhalt fast die größte Stadt der Welt. Nur Los Angeles in Kalifornien mit 1 Million Einwohner hat einen größeren Umfang. Dann kommt Berlin mit 87 850 Hektar. New York mit seinen 5,6 Millionen Einwohnern hat 3 v. H. 3000 Hektar weniger als unsere Reichshauptstadt. Von den 87 850 Hektar sind 22 000 Wald und 5 117 Hektar Seen. Der Wasserport hat einen größeren Umfang als London, Paris und Hamburg zusammen. Der allerhöchste Genuss ist, Berlin an schönen Sonntagen vom Flugzeug aus zu sehen. Die öffentlichen Bahngelassenheiten nahmen an schönen Sommertagen fast 1 Million Menschen auf; die Wälder die gleiche Zahl. Die Verkehrsinstanzen beförderten an den Sonntagen im Juli 1929 rund 2 1/2 Millionen Menschen.

Über auch die Not fehlt nicht in dieser Weltstadt.

Trotz der vielen Arbeitsstätten, trotz gewaltigem Aufbau und schnellster Umstellung zur Weltstadt gibt es eine Reservearmee, die in Zeiten der Krise 300 000 Menschen zum Nichtstun zwingt. Trotz der bestehenden Not ist der Zugang außerordentlich stark. Im Jahre 1928 sind 32 000 Familien mehr nach Berlin zugezogen als Berlin verlassen haben. Dazu kommen 40 000 Ehegeschicklungen im Jahre, so daß unsere Arbeitslosenämter stets von einer riesigen Zahl von unfreiwillig Feiernden aufgelockert werden.

Die Stadt hat deshalb in Notzeiten große Aufwendungen für die Armen und Notleidenden zu machen. Am 1. 12. 28 wurden 328 000 Menschen von der Stadt unterstützt. 178 Millionen Mark werden nach dem Haushalt im Jahre 1929/30 an Bedürftige von den Wohlfahrtsämtern an Unterhaltungen gezahlt. Der Sozialetat der Stadt weist an Ausgaben für Wohlfahrt, Gesundheit und Schule 362 Millionen auf. Die gesamten Steuereinnahmen betragen aber nur 464 Millionen Mark.

Die Gestaltung dieses Sozialkatastroph ist hauptsächlich der führenden Partei im Rathaus, der SPD, zu danken.

Im Stadtparlament mit seinen 225 Stadtverordneten wird mit wechselnder Mehrheiten regiert. Es besteht eine sozialistische Linksmehrheit auf 73 SPD und 43 KPD. Eine gleiche Mehrheit von 3 Stimmen wird gebildet von der SPD und der bürgerlichen Mitte, der sogenannten Koalition. Alle großen Gesetze und Vorlagen werden von dieser großen Koalition, der Stammeinheit, verabschiedet, in der die Sozialdemokraten die Führung haben. Mit der Linksmehrheit lassen sich wohl soziale Ausgaben beschließen, aber keine Programme verwirklichen. Die Bevölkerung wird am 17. November zu erkennen geben, wie sie die Arbeit der Parteien im Rathaus einschätzt.

Mit diesen kurzen Strichen soll den Delegierten ein Ueberblick über die Stadt der Arbeit gegeben werden. Mögen die Delegierten sich in den Mauern der Stadt wohl fühlen und neben ihrer Verbandsarbeit Zeit und Muße finden, Berlin achten und lieben zu lernen. Mit diesem Wunsch begrüße ich die Delegierten!

Johannes Haß, Stadt-Versteher.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend als Wirtschaftsorganisation der Berliner Verbraucher.

Neben den Gewerkschaften, die von der Lohnseite aus die Lage der arbeitenden Schichten günstig zu beeinflussen suchen, sind es die Konsumgenossenschaften, denen bei nachdrücklicher Unterstützung durch die Verbraucher die weitest gehenden Einwirkungsmöglichkeiten auf die Wirtschaft eines Volkes zugesprochen werden müssen. Die Konsumgenossenschaften wollen die Privatwirtschaft in Handel, Industrie und Geldverkehr beileitigen und an ihre Stelle die Gemeinwirtschaft leiten. In einem geradezu klassischen Maße haben die Gründer des ersten erfolgreichen Konsumvereins, die „Redlichen Pioniere von Rochdale“, Aufgaben und Ziele der Konsumgenossenschaftensorganisationen zusammengefaßt, indem sie programmatisch erklärten:

„Wir wollen unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen und darin behalten.“

Welche Erfolge haben nun die Konsumgenossenschaftlichen Ideen in der Reichshauptstadt gezeitigt?

Im Zentralverband deutscher Konsumvereine sind heute rund 1000 Konsumvereine mit 3 Millionen Haushaltungen vereinigt, deren Umsatz im Jahre 1928 1 Milliarde Mark überstieg. Die Blüte der deutschen Konsumgenossenschaften verkörpert sich in 60 großstädtischen Konsumvereinen, die 1.600.000 Haushaltungen, also mehr als die Hälfte der deutschen Konsumgenossenschaftsmitglieder, umfassen. Die größten deutschen Konsumvereine haben ihren Sitz in Hamburg, Berlin und Dresden. Der Mitgliederzahl nach steht mit 178.000 Mitgliedern die Konsum-Genossenschaft Berlin an der Spitze; im Umsatz war ihr die Hamburger „Produktion“ bisher etwas überlegen, indes dürften bereits die nächsten Monate die Berliner Genossenschaft in der führenden Stellung sehen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Verbraucherorganisation Berlins

lann kaum besser illustriert werden, als durch eine kurze Darstellung der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes der Berliner Genossenschaft. Sie wurde vor 30 Jahren gegründet und hat im ersten Jahrzehnt schwer um ihren Bestand zu kämpfen gehabt, denn die Groß-

händler bildeten, eine Folge des hier mit gewaltigen Mitteln arbeitenden vielgestaltigen Privathandels, einen nur schwer für den genossenschaftlichen Gedanken zu erschließenden Boden. Als jedoch im Jahre 1909 die Genossenschaft so weit erstarkt war, daß sie ein Zentrallager auf eigenem Grund und Boden errichten und mit der Eigenproduktion (Bäckerrei) beginnen konnte, setzte ein glänzender Aufstieg ein, der die Mitgliederzahl von 10.000 auf 86.000 im Jahre 1914 answachsen ließ. Nach den Hemmungen der Jahre der Kriegszeit und des Währungsverfalls ging es in verstärktem Tempo weiter vorwärts. Sehr gut ist der bedeutende Fortschritt in der Umsatzerhöhung erkennbar; 1925: 27 Millionen Mark; 1926: 33 Millionen Mark; 1927: 40 Millionen Mark; 1928: 52 Millionen Mark Jahresumsatz, und das Geschäftsjahr 1928/29 zeitigte einen Umsatz von 68 Millionen Mark. Nach zwei bis drei Jahren wird die KGB voraussichtlich der erste deutsche Konsumverein sein, der in seinem Jahresumsatz die Grenze von 100 Millionen Mark überschreitet.

An Eigenbetrieben besitzt die Genossenschaft drei Bäckereien mit 74 Doppelauszugöfen (Wert der letzten jährigen Backwarenproduktion: 12½ Millionen Mark), eine Fleisch- und Wurstwarenfabrik, Kaffeerösterei, Mineralwasserfabrik, Schneidewerkstätten, Tischlerei, Schlosserei, Wäscherei usw. Die Warenbeförderung von der Zentrale nach den 290 Abgabestellen erfolgt durch eigenen, rund 100 Kraftwagen umfassenden Fuhrpark. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter, deren Arbeitsverhältnisse tariflich in vorbildlicher Weise geregelt

sind, bezieht sich auf über 4000. Die letzten Jahre brachten in der Konsum-Genossenschaft Berlin eine bedeutende Erweiterung der Abteilung Warenhäuser; im Anschluß an die bereits bestehenden 3 Warenhäuser folgte im Jahre 1928 die Errichtung eines größeren Warenhauses in Berlin S. Oranienstraße 164/165, das im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von mehr als 5 Millionen Mark aufzuweisen vermochte. Größere Erweiterungsbauten werden dieses moderne Warenhaus dem gesteigerten Bedarf anpassen.

Auch in sozialer Hinsicht ist die Konsum-Genossenschaft Berlin bemüht, ihren Mitgliedern wertvolle Hilfe zu leisten.

Das Herrschaftshaus eines im Jahre 1927 erworbenen, 300 Morgen umfassenden Landgutes in Sperenberg bei Jossen ist zu einem Kindererholungsheim ausgestattet worden, in dem allmonatlich 38 erholungsbedürftige Kinder von Genossenschaftsmitgliedern Aufnahme finden; für Kinder erwerbsloser Mitglieder ist der Aufenthalt völlig kostenfrei.

Bemerkenswert ist die Art der Beschaffung der finanziellen Mittel für den gemeinschaftlichen Ausbau. Getreu ihren Grundzügen wollen die Konsumgenossenschaften ihre gemeinnützige Arbeit in völliger Unabhängigkeit vom privaten Geldwesen durchführen. Der Konsumgenossenschaft Berlin stehen 4 Millionen Mark eingezahlte Geschäftsanteile der Mitglieder und 1¼ Millionen Mark Reserven als Eigenkapital zur Verfügung. Darüber hinaus verfügt die Genossenschaft über Spareinlagen der Mitglieder in Höhe von 37 Millionen Mark, die als Zeichen des Vertrauens der Mitglieder zum eigenen Unternehmen angepfropft werden können.

Aller Voraussicht nach wird die Verbraucherorganisation Berlins sich in den nächsten Jahren noch erheblich ausdehnen und an Bedeutung gewinnen, treten doch in jedem Monat 2000 bis 3000 Haushaltungen neu der Genossenschaft bei. Die Anziehungskraft der Genossenschaft erfährt eine starke Förderung durch die sich steigende Leistungsfähigkeit, die durch strenge Beachtung der genossenschaftlichen Grundsätze bei der Warenvermittlung unterstützt wird. Geringer Preis, also

Schutz vor Übersteuerung.

volles Maß und Gewicht und Sicherheit für Unverfälschtheit der Waren sind Richtlinien, die jeder Arbeiterhaushalt zu schätzen weiß. Darüber hinaus ist ein Sonderverteil in der Rückvergütung zu erblicken, die aus der alljährlichen Erürigung an die Mitglieder zur Verteilung gelangt. Die letzten Geschäftsjahre ergaben in der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend eine Umsatz-Rückvergütung von 4 Proz; 2½ Millionen Mark (stehen als Erparnis aus der genossenschaftlichen Tätigkeit im Geschäftsjahr 1928/29 den Mitgliedern zu).

Das geistige Band, das die Genossenschaftsmitglieder fest umschließt, ist im Wesen der Genossenschaften zu erblicken:

Gemeinwirtschaft soll an die Stelle der Privatwirtschaft gesetzt werden,

die eine der Hauptquellen der wirtschaftlichen und sozialen Noie des Volkes darstellt. Je stärker die Genossenschaften anwachsen, um so mehr werden sie ihren Aufgaben gerecht zu werden vermögen. Noch stehen ihnen Hunderttausende, ja Millionen von Arbeiterhaushaltungen fern, aber die Erkenntnis vom Wert des genossenschaftlichen Zusammenstufes bricht sich Bahn, wird das Ziel verwirklichen helfen, der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsform das Feld zu erobern. Der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend wird dabei die beispiellose führende Rolle zufallen.

Friedrich Götter.

Die sozialdemokratische Partei in Berlin.

In der republikanischen Hauptstadt ist die Sozialdemokratie die stärkste politische Partei. Bei allen Wahlen der Nachkriegszeit hat sie auf ihre Listen die größte Stimmenzahl vereinigt. Keine andere politische Partei ist auch nur annähernd organisatorisch so gefestigt wie die sozialdemokratische. Bei den Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928 stimmten 818.196 Wähler für die sozialdemokratischen Kandidaten. 32,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen konnte somit die Partei für sich buchen.

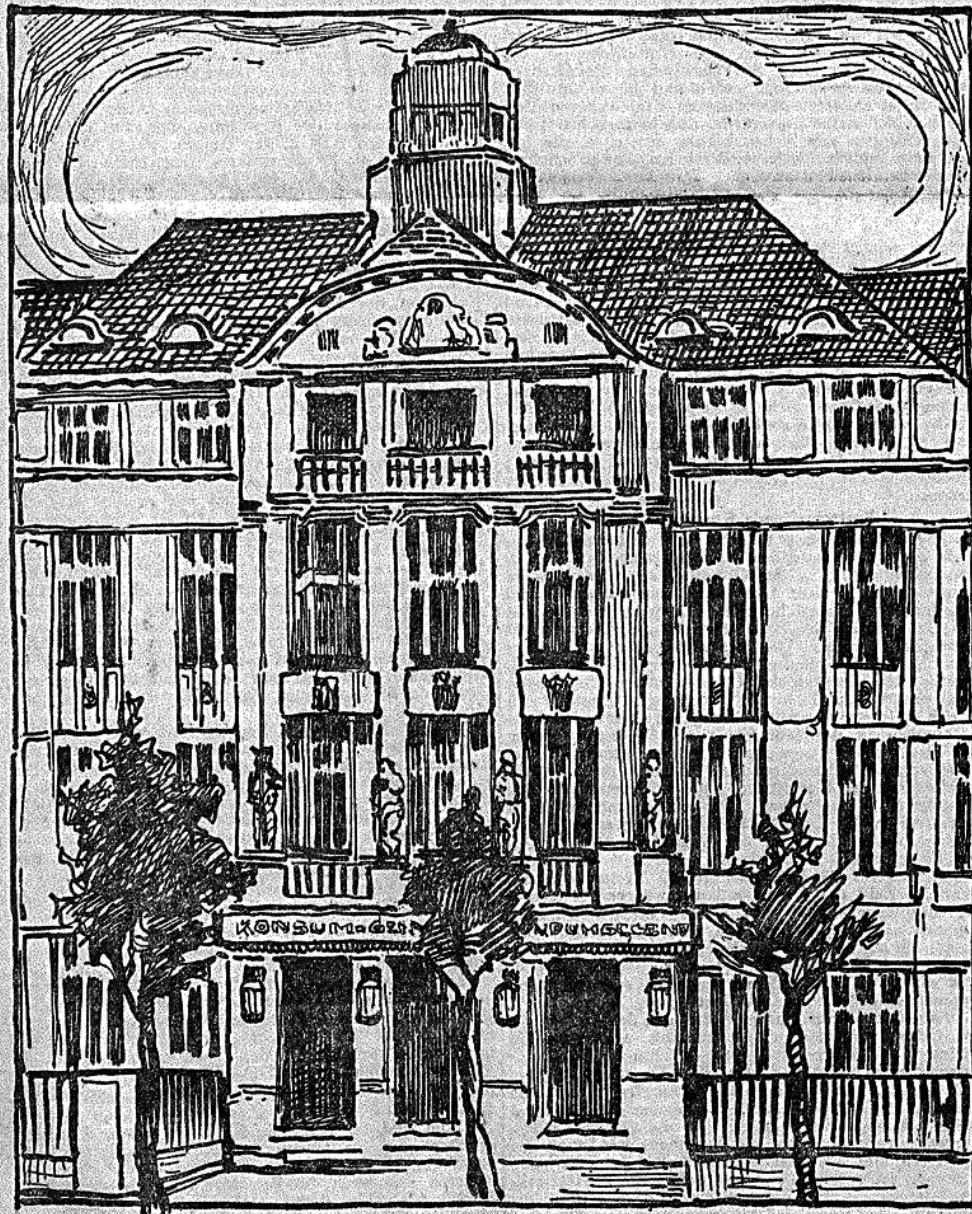
Zu den Hauptgegnern der Sozialdemokratie in Berlin zählen die kommunistische und deutschnationale Partei. Obwohl die kommunistische Partei kaum über eine nennenswerte Organisation in Berlin verfügt (nach dem letzten Geschäftsbericht der Bezirksleitung der KPD für Berlin-Brandenburg rund 15.000 Mitglieder in Berlin), hat sie durch eine gewissenlose Heze es dahin gebracht, daß viele Arbeiter heute leider politisch desorientiert sind.

Es wird der Sozialdemokratie im Bunde mit den Gewerkschaften Aufgabe sein, die verirrten Arbeiter wieder auf den richtigen Weg des Klassenkampfes zu bringen.

Die Sozialdemokratie in Berlin bildet im Rahmen der Gesamtpartei einen Bezirksverband, dessen politische Grenzen sich mit denen der neuen Stadtgemeinden Berlins decken. Das heutige Berlin ist durch das vom Preussischen Landtag beschlossene Gesetz vom 27. April 1920 geschaffen worden. Die Viermillionenstadt wurde in Ausführung des genannten Gesetzes aus 8 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken gebildet. Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin umfaßt gegenwärtig Berlin 884 Quadratkilometer mit 4,3 Millionen Einwohnern.

Berlin ist in 20 Verwaltungsbezirke eingeteilt, an deren Spitze je ein Bezirksbürgermeister steht. Die politische Gliederung der republikanischen Hauptstadt ist auch die Basis für den Organisationsaufbau des sozialdemokratischen Bezirksverbandes.

Zur Erledigung der politischen und organisatorischen Arbeiten des Bezirksverbandes ist das Organisationsgebiet in Abteilungen gegliedert. 143 Abteilungen stehen in direktem Verkehr mit dem Bezirkssekretariat und haben, gemessen an dem Organisationsaufbau unserer Parteibeirke in der Provinz, die Bedeutung von selbständigen Ortsvereinen. Die Abteilungen der Partei eines jeden Verwaltungsbezirktes unserer Stadt bilden einen Kreis, der neben den allgemeinen politischen und organisatorischen Aufgaben in erster Linie die kommunalpolitischen Fragen des betreffenden Verwaltungsbezirktes zu bearbeiten hat. So ist, um nur einige Beispiele und Erläuterungen zu geben, der Verwaltungsbezirk 8 (Wedding) nach dem Organisationsstatut des Bezirks-



Konsum-Genossenschaft Berlin-Lichtenberg

(Mithras)

verbandes der SPD der Kreis Webbing der sozialdemokratischen Partei. Dasselbe ist der Fall bei allen anderen Verwaltungsbereichen, wie Friedrichshagen, Kreuzberg, Neukölln, Wilmersdorf usw. Somit gehen die 143 Abteilungen in 20 politische Kreisorganisationen auf, die gleichbedeutend mit den 20 Verwaltungsbereichen der Kommune sind.

Die Mitgliederbewegung hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. In der Inflationszeit ging der Mitgliederstand, wie im Reich, auch in Berlin zurück. In dem ersten Quartal nach der Stabilisierung der deutschen Währung (Januar-März 1924) betrug nach den errechneten Beiträgen die Mitgliederzahl rund 34 000.

Nach den Abrechnungen des zweiten Quartals 1929 (April-Juni) stand die Mitgliederzahl auf

62 027, darunter 15 910 weibliche Mitglieder.

Das sind keine Papierfolianten, sondern die vorgenannte Zahl wurde festgelegt, indem auf jedes Mitglied pro Quartal 11 Beiträge errechnet wurden. So hat sich seit der Stabilisierung der Mark die Zahl der organisierten Parteigenossen und -genossinnen nahezu verdoppelt. Trotz aller Angriffe und Verleumdungen der Kommunisten strömen unserer Partei neue Mitglieder zu. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß unter den Neuaufgenommenen mehr als in früheren Jahren die Jungen vertreten ist.

Um den Einfluß der Sozialdemokratie in den Betrieben zu steigern, hat der Bezirksverband am 1. August d. J. drei weitere Betriebssekretäre eingestellt, die gemeinsam mit den Betriebsvertrauensleuten für die Partei wirken werden und wirken sollen. Die mündliche Agitation wird unterstützt durch die Herausgabe von Betriebszeitungen in einer Auflage von 250 000 Stück pro Monat. Für große Werke werden besondere Wertzeitungen hergestellt, so z. B. für den Siemens-Konzern die „Siemens-Wacht“, für den Osram-Konzern die „Rote Osram-Fackel“, für die Betriebe der AEG, AEG-Sender, und zum erstenmal erschien im Monat September für die Verkehrs-Betriebe der Stadt Berlin die „Verkehrswacht“. Alle diese Betriebszeitungen behandeln neben dem allgemeinen politischen Teil lebenswichtige Fragen der Arbeiterschaft des betreffenden Betriebes.

In einer Viermillionenstadt mit ihrem schimmernden Glanz auf der einen und dem grenzenlosen und schrecklichen Elend auf der anderen Seite ergibt sich der Zustand, daß die Gegensätze viel härter aufeinander prallen als anderswo. Dazu kommt die Tatsache, und hier teilt Berlin das Schicksal aller großen Weltstädte, wie Paris und London, daß durch den unaufhörlichen Zugang aus der Provinz die an sich schon vorhandene Armut noch um ein beträchtliches gesteigert wird. Zu vielen Tausenden kommen alljährlich Frauen und Männer nach Berlin in der Hoffnung auf Arbeit. Diese neu hinzuziehenden vergrößern die Zahl der Wohnungsuchenden und das Heer der Erwerbslosen. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es daher der Stadtverwaltung z. B. auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens fast unmöglich gemacht, die Zahl der Neubauwohnungen so zu steigern, daß in absehbarer Zeit die Wohnungsnot ihr Ende erreicht hat. In den letzten Jahren sind aus der Provinz mehr Frauen und Männer nach Berlin gezogen, als Berlin in der Lage war, Wohnungen zu bauen. Diese Ursachen haben große Schichten unserer Bevölkerung in eine verzweifelte Lage gebracht, und politische Demagogien, wie die Kommunisten und Nationalsozialisten, nutzen die Armut für niedrige parteipolitische Zwecke aus. Im Stadtparlament aber haben die Kommunisten ihre Agitationsanträge gestellt, aber nie waren sie bereit, mit der Sozialdemokratie in sachlicher Arbeit den Etat anzunehmen.

Die sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig daran, durch umfassende Vorarbeiten für die Stadtverordnetenwahlen am 17. November Abrechnung zu halten mit den Gegnern der aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft.

Die bürgerlichen Parteien richten ihre ganze Stoßkraft nur gegen die Sozialdemokratie. Das Gefühl und der Krampf der Kommunisten wird von dem Bürgertum verachtet, ist aber gerade gut genug, um den Bürgerleuten das Schreckgespenst einer Bolschewistenherrschaft auszumalen.

So steht die Sozialdemokratie erbitterten Feinden gegenüber und hat die Interessen der Arbeiterschaft in einem Zweifrontenkrieg zu verteidigen. In dem Kampf um politische Rechte und vermehrte Einflüsse der Arbeiterschaft in den Parlamenten hat die Sozialdemokratie stets die Unterstützung der freien Gewerkschaften gehabt. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in Berlin ist freundschaftlich. Führende Berliner Gewerkschafter nehmen auch in der sozialdemokratischen Stadtbürokratenfraktion eine führende Stellung ein. Den Vertrauensmännern der Partei und freien Gewerkschaften in Berlin ist das Wort des Leiders zu früh verstorbenen Gewerkschaftsführers Bömmelburg oberster Grundsatz:

„Partei und Gewerkschaften sind eins.“

Franz Künster.

Die Berliner Gewerkschaftsbewegung.

In Berlin zeigten sich die ersten Ansätze einer gewerkschaftlichen Bewegung bereits im Jahre 1848. In den Märztagen dieses Jahres wurden Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gestellt. Diese Forderungen wurden zum Teil mit Hilfe des Streiks durchgesetzt. Am 19. April 1848 wurde ein „Zentralkomitee für Arbeiter“, das unter der Leitung des Schriftstellers Stephan Born stand, gebildet. Das Komitee stellte in der Frage der Entlohnung, der Arbeitszeit, des Lehrlingswesens u. a. eine Reihe von Forderungen auf. Zuerst wurde die Aufhebung einer

Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten verlangt. Diese Verfügung besagte, daß jeder fremde Arbeiter, der nicht innerhalb von drei Tagen nach seiner Zureise oder nach Verlassen seiner Arbeitsstelle Arbeit gefunden hatte, ausgewiesen würde. Wäre diese Verfügung noch heute in Geltung, dürfte Berlin kaum 4 Millionen Einwohner zählen, da der Volksmund sagt, daß die ersten und auch die meisten Berliner aus Schlesien, Ostpreußen usw. stammen. Im Jahre 1850 wurden diese ersten Ansätze gewerkschaftlicher Organisation durch die Polizei vernichtet.

Ich möchte nun vier Jahrzehnte überspringen. Meine bisherigen Darlegungen sollten nur beweisen, daß schon 1848 ein Teil der Berliner Arbeiterschaft den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt hatte.

1890 wurde in Berlin die „Zentral-Streikkommission“ gebildet. Im Jahre 1893 wurde die „Kontroll-Streikkommission“ in die „Berliner Gewerkschaftskommission“ umgewandelt. Um der Berliner Arbeiterschaft ein eigenes Heim zu schaffen, wurde im Dezember 1897 die Gesellschaft „Gewerkschaftshaus G. m. b. H.“ gegründet. Diese Gesellschaft hatte die Aufgabe, den Bau eines Gewerkschaftshauses vorzubereiten, was ihr auch gelungen ist. 1900 war das Gewerkschaftshaus fertiggestellt und konnte in Betrieb genommen werden. Es wurden nicht nur Büros, Restaurations- und Versammlungsräume geschaffen, sondern auch eine Herberge, in der 185 Handwerksburschen täglich übernachten konnten. Für die damalige Zeit war die Schaffung des Gewerkschaftshauses mit seinen gesamten Einrichtungen eine hervorragende Leistung. Zum Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses wurde der Kollege Johannes Sassenbach bestimmt, der diese Tätigkeit bis zu seiner Wahl als Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausübte. Zum Leiter der Herberge wurde der vielen bekannte Kollege Gustav Busse gewählt. Trotzdem er vor einigen Jahren in den Ruhestand versetzt wurde, ist er, obwohl er in einigen Tagen sein 80. Lebensjahr erreicht, noch jetzt ständig im Interesse der Herberge tätig. Es soll an dieser Stelle auch noch des Genossen Leo A. r. o. n. s. gedacht werden, der in sachlicher und finanzieller Weise viel zur Schaffung des Gewerkschaftshauses beigetragen hat. In Anerkennung seines Wirtens sind seine sterblichen Überreste im Aronsgarten des Gewerkschaftshauses beigesetzt.

Durch die Schaffung Groß-Berlins hat Berlin mehr als 4 Millionen Einwohner. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften Berlins, einschließlich der Angestellten- und Beamtenverbände, beträgt rund 480 000. Auf die Arbeitergewerkschaften entfallen hiervon 377 650. Die dem Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angeschlossenen Organisationen hatten im Jahre 1928 eine Einnahme von 25½ Millionen Mark. Die Lokalstellen hatten einen Bestand von 4½ Millionen, 7¼ Millionen wurden an die Kassen der Hauptverbände abgeführt, 1¼ Millionen wurden für Streik, 2½ Mill. für Arbeitslosen, 2 Millionen für Kranken und 1¼ Mill. für Invalidenunterstützung gezahlt.

Die 34 Berliner Verbände der Arbeiterschaft führten im letzten Jahre 588 Lohnbewegungen für 455 000 Beteiligten mit Erfolg durch. Weitere 104 Lohnbewegungen mit 162 000 Beteiligten hatten teilweises und nur 10 Bewegungen mit 2600 Beteiligten keinen Erfolg. In 165 anderen Fällen mußten 30 000 Kollegen in den Streik geführt werden. Nur 6 dieser Ausstände mit 252 Beteiligten waren ohne Erfolg.

Von den 35 Zentralverbänden der freien Gewerkschaften haben nicht weniger als 24 ihren Sitz in Berlin. In der nächsten Zeit dürfte sich diese Zahl noch vergrößern.

Der Berliner Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die ihm angeschlossenen Verbände sind auf allen für die Gewerkschaften in Betracht kommenden Gebieten tätig.

Das Berliner Arbeitersekretariat des Ortsauschusses hat in den letzten 12 Monaten an 9321 Rat suchende Auskunft erteilt und 1487 gerichtliche Termine wahrgenommen.

Die freigewerkschaftliche Jugendzentrale betreut die Berliner gewerkschaftliche Jugendbewegung und die mit dem Ortsratell Berlin des ADG-Bundes gemeinsam aufgezogene Berliner Gewerkschaftsschule erfährt durch ihre Lehrgänge, deren Hauptkurs sich über zwei Jahre erstrecken, rund 9000 Funktionäre jährlich.

In den neun für Berlin bestehenden Arbeitsämtern haben in den Verwaltungsausschüssen die freien Gewerkschaften die überwiegende Mehrheit.

Vor dem Arbeitsgericht Berlin wurden im letzten Jahre rund 60 000 Klagen vertreten. Als Arbeitsrichter wirken bei dieser Einrichtung mehr denn 500 Vertreter der freien Gewerkschaften mit.

Für die Berliner Gewerkschaften ist es eine große Freude, daß sich wiederum drei Organisationen zu einem Verband zusammenschließen, um noch besser als bisher

die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen zu können. Die neu zu schaffende Groß-Organisation ist nach dem Zusammenfluß die größte Gewerkschaft in Berlin, da diese drei Verbände zusammen 110 673 Mitglieder hatten.

Wir wünschen der neuen Organisation, daß es ihr gelingen möge, auch den letzten Mann, der für ihr Organisationsgebiet in Frage kommt, für sich zu gewinnen. Dr.

Die Berliner Gärtnerbewegung.

Die Geschichte der Berliner Gärtnerbewegung ist ein gut Teil Geschichte der Gärtnerbewegung überhaupt. Die märkische Gärtnerbewegung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins konnte bereits im Jahre 1904, gleich nach dem Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, das Festsitz 15-jährigen Bestehens feiern. Die damals gehegten Wünsche, gewerkschaftlich und finanziell an der Spitze der Bewegung marschieren zu können, sind im Laufe der Jahre mindestens hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke in Erfüllung gegangen.

Die Wege der freigewerkschaftlichen Gärtnerorganisation stand nicht an der Spree, sondern an der Elbe. Die Hamburger Kollegen gründeten bereits im Jahre 1889 den „Zentralverein der Deutschen Gärtner“, den eigentlichen Vorläufer unseres heutigen Verbandes. Später änderte man den Namen in „Deutsche Gärtnervereinigung“ um. Auch in der Folgezeit sind die Hamburger für die Ausbreitung des freigewerkschaftlichen Gedankens führend tätig gewesen.

Trotdem haben auch die Berliner Kollegen ihren Mann gestanden, als vor 26 Jahren vom Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein die Urabstimmung über den Anschluß an die freien Gewerkschaften vorgenommen wurde. Von den 1394 Stimmen, die für den Anschluß abgegeben wurden, brachte der Gau Berlin 481 Stimmen auf (Berlin allein 471). Gegen den Anschluß waren 222 Stimmen (Berlin allein 144). Heute mögen diese Zahlen klein erscheinen. Sie zeigen uns jedoch, welche Schwierigkeiten für eine freigewerkschaftliche Entwicklung zu überwinden waren. Die Auseinandersetzungen der damals feindlichen Brüder „Vereinigung“ und „Allgemeiner“ hatten Formen angenommen, die wohl von Kampfeifer zeugten, aber der Bewegung wenig förderlich waren.

An der Spitze der damaligen Bewegung standen Otto Albrecht, heute Oerregierungsrat im Preussischen Landwirtschaftsministerium, und Franz Behrens, zurzeit deutscher Reichstagsabgeordneter und Führer der christlichen Gewerkschaften. Als die Gewerkschaftsfrage ernsthaft erörtert wurde, zeigte es sich bald, daß die führenden Personen verschiedenen Zielen zustrebten. Franz Behrens war ein fanatischer Gegner der freien Gewerkschaften, obwohl er es damals nicht wahr haben wollte. Die damalige Opposition in Berlin, unter Führung des Kollegen Böcher, die für den Anschluß war, hat ihm und seinen Anhängern bei den Auseinandersetzungen manche böse Stunde bereitet.

Die Anhänger der Hamburger Richtung hatten in Berlin einen schwierigen Stand. In Berlin, mit seinem dicken Sande und seinen überwichtigen Leuten, mußte der Boden für eine freigewerkschaftliche Entwicklung erst vorbereitet werden. Der Vertrauensmann der „Vereinigung“, der Kollege Kwasnida, mußte noch 1902 in seinem Bericht für die Generalversammlung der „Vereinigung“ folgendes bemerken:

„Es ist allerdings schwer, in Berlin, der Zentrale des „Allgemeinen“, für die Zahlstelle unseres Vereins Boden zu gewinnen. Dann aber ist Berlin auch wieder zu groß, um im kleinen anzufangen.“

Weiter heißt es in dem Bericht, daß nur drei Mitglieder vorhanden sind. Schließlich konnte dann am 5. April 1903 eine Zahlstelle gegründet werden.

Nach der Abstimmung schieden sich die Geister. Behrens mit seinem Anhang gründete den Deutschen Gärtner-Verband, der sich zwei Jahre später den christlichen Gewerkschaften anschloß. In Berlin hat diese „Organisation“ eine unrühmliche gespielt und ist jetzt so gut wie in der Versenkung verschwunden.

Die Mitgliederzahl konnte nach der Urabstimmung ständig gesteigert werden. Der Gau Berlin, der damals den größten Teil des östlichen Deutschlands umfaßte, mußte 1913 bereits 1890 Mitglieder, davon entfielen auf Berlin allein rund 1600 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 1913 35 000 Mark. Unmittelbar nach dem Kriege mußte die Verwaltung vorübergehend etwa 4800 Mitglieder. Vorher war die Erwerbs- und Privatgärtnererei das eigentliche Rekrutierungsgebiet. Nunmehr kamen die Kollegen aus den Staats- und Gemeindebetrieben, den Friedhöfen, den Rennbahnen in größerem Maße zu uns und meldeten ihre neuen Forderungen an.

Wie in der gesamten Arbeiterbewegung, so war es auch in Berlin nicht möglich, alle neugewonnenen Mit-

Der erste Versuch, die Arbeitsverhältnisse der Gemeindefunktionäre in Groß-Berlin tarifvertraglich zu regeln, wurde im Jahre 1912 unternommen. Die Stadtverwaltung stand dem Abschluß eines Tarifvertrages zurückhaltend gegenüber. In einer Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1912 sprach der Genosse Th. Glöde zu dem ersten der Stadtverwaltung eingereichten Entwurf mit dem Ergebnis, daß der Antrag einem fünfzehner-Ausschuß überwiesen wurde. Die bürgerlichen Stadtverordneten wollten im äußersten Fall Abmachungen mit einzelnen Arbeiterkategorien treffen, jedoch unter keinen Umständen mit der Organisation. Die Situation wird am besten beleuchtet durch die Tatsache, daß die Ortsverwaltung sich veranlaßt sah, an namhafte Sozialpolitiker mit der Frage heran zu treten: „ob Tarifverträge die geeignete Grundlage für die Regelung der Arbeitsverhältnisse der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen bilden“. Mit eingehenden Darlegungen wiesen die Prof. Robert Wilbrandt, Dr. L. Brentano, Dr. C. Franke sowie der Staatsminister Freiherr v. Berlepsch nach, daß für den Abschluß von Tarifverträgen auch zwischen Gemeindefunktionären und Arbeiterorganisationen alle Voraussetzungen gegeben seien. Dennoch gelang es vor dem Kriege nicht, zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der Stadtgemeinde Berlin zu kommen.

Bei Ausbruch des Krieges zählte die Filiale Berlin 10 089 Mitglieder. Der Kassenbestand betrug rund 70 000 Mark. Der Krieg unterbrach die stetige Aufwärtsentwicklung. Am Ende des Krieges zählte die Filiale Berlin jedoch wieder 13 389 Mitglieder. Nach der Revolution war der Zustrom zur Organisation gewaltig. Tausende traten der Organisation bei. Vor allem aber war für die Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben der Weg zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß frei. Die Arbeiter in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und des Staates sowie wesentliche Teile des Personals der Reichsbank, der Reichsbahn und der Staatsmünze machten von dem Koalitionsrecht nunmehr Gebrauch. Bis zum Jahre 1921 hatte die Filiale Berlin ihre bisher höchste Mitgliederzahl von rund 55 000 erreicht. Die Inflation hat auch der Filiale Berlin tiefe Wunden geschlagen. Mit 22 578 Mitgliedern hatte sie die Inflation überstanden. In verhältnismäßig raschem Tempo trat eine Gesundung ein. Das Jahr 1928 konnte mit einem Mitgliederstand von 38 055 abschließen. Der Kassenbestand von rund 365 000 Mark legt Zeugnis von der Konsolidierung der Organisation ab. Bis zur Beendigung des 2. Quartals ist der Mitgliederbestand auf 41 277 gestiegen.

Nach mehr als drei Jahrzehnte langer gewerkschaftlicher Arbeit mit vielen schweren Kämpfen um das Prinzip des sozialen Arbeitsvertrages sind heute die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten in den Gemeinden, Reichs-, Staatsbetrieben und Verwaltungen in etwa 72 von der Ortsverwaltung Berlin abgeschlossenen Tarifverträgen festgelegt. Die Arbeitsbedingungen sind insbesondere in sozialer Hinsicht derartig ausgestaltet, daß sie mit Eifer und Recht als Vorbild dienen können.

Möge in der Zukunft die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit der Berliner Mitgliedschaft der sich nunmehr verschmelzenden Verbände von den besten Erfolgen gekrönt sein.
G. Schaum.

Entwicklungs- und Kampffahre des DVV, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Auf dem Kongreß in Altenburg, Ausgang des Jahres 1896, wo die Entscheidung über Lokal- oder Zentralorganisation zugunsten der zentralen Leitung fiel, ist unsere Organisation als Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands ins Leben gerufen worden.

Nach heute können wir erfreulicherweise eine Anzahl altbewährter Kollegen in unsern Reihen nummern, die mit an der Wiege der Zentralorganisation gestanden haben.

Der 1. Januar 1897 war die Geburtsstunde der Berliner Ortsverwaltung. Zweifler an der Werbes- und Kampfkraft des Zentralismus und Zweifler an der Organisationsfähigkeit der von uns erfahrenen Berufskollegen und -kollegen standen abwartend beiseite. Die Entwicklung hat denen Recht gegeben, die den steinigsten Organisationsboden in Angriff nahmen und in zäher, unermüdbarer Arbeit Kulturboden schufen. Der zentralistische Organisationsgedanke begann Eingang zu finden, aus den Partien der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wurden denkende und zielbewußt handelnde Verbandskollegen.

Mit der Organisations- und Erziehungsarbeit der Berufskollegen setzte auch unser Ringen mit den Unternehmern um die Anerkennung der Organisation

ein. Schwerer Kämpfe hat es bedurft, um die Vertretungsbefugnis der Organisation bei den Unternehmern zur Anerkennung zu bringen. Erfolgreiche Kämpfe förderten die weitere Entwicklung. Bald mußten die damals zahlreich vorhandenen Lokalverbände anerkennen, daß die Stichtag der Zentralorganisation nachhaltiger und starker und im stetigen Wachsen begriffen war. Wollten sie die Entwicklung und den sozialen Aufstieg ihrer Klasse nicht aufhalten, sondern fördern, dann galt es, sich dem Zentralverband anzuschließen. Die Abkehr vom Alten war nicht leicht, aber es mußte sein, wenn die Organisation im Kampf gegen die Unternehmer siegreich sein sollte. Die kleine Zahl zentralistisch gesinnter Kollegen, die im Gründungsjahre 1897 der Berliner Ortsverwaltung angehörten und ihren Ausbau mit allen zur Verfügung stehenden Kräften anstrebte, betrug 452. Bis zum Jahre 1900 war es möglich, die Zahl der Mitglieder auf 8 610 zu entwickeln. Eine vorübergehende Stagnation wurde nach 1903 durch eine um so glänzendere Entwicklung weitgemacht, so daß im Jahre 1912 bereits 50 942 Mitglieder als der Berliner Ortsverwaltung zugehörig gebucht werden konnten.

Die Richtungskämpfe, die lange Jahre innerhalb der Arbeiterklasse und besonders in den Reihen unserer Berufskollegen viel Kraftaufwand abforderten, waren abgeschlossen. Alle größeren Lokalvereinigungen hatten ihren Anschluß an den Zentralverband vollzogen. Vereinte Kraft konnte nun zur Erzielung wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs eingesetzt werden. Waren schon die Erstlingsjahre zahlreich an wirtschaftlichen Kämpfen, so wuchsen mit der weiteren Entwicklung die Anforderungen unserer Berufskollegen an die Organisation. Zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen und zur Erreichung des gesteckten Zieles waren oftmals umfangreiche Arbeitskämpfe in vordem unbekannter Ausdehnung erforderlich. Lebensnotwendigkeiten waren es, die in harten Kämpfen von den Unternehmern erstritten werden mußten. Mit den unfeigen patriarchalischen Verhältnissen, unter denen besonders die „Hausdiener und Hausknechte“, wie sie damals befristet wurden, fronen mußten, galt es aufzuräumen und eine menschenwürdige Behandlung, Entlohnung und geregelte Arbeitszeit zu erkämpfen.

Fast ärger noch lagen die Verhältnisse im Transportgewerbe bei den Kutschern, die zu allem Unbill noch mit einer menschenwürdigen Unterkunft in Pferdeställen fürlieb nehmen mußten. Sanitäre Einrichtungen und Menschenschutz waren den Unternehmern unbekannte Begriffe. Die Organisation hat Wandel geschaffen. Sie hat hier Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes geleistet. Es ist hier kein Raum, die veränderten Verhältnisse eingehend besprechen und durch Vergleiche gegenüberstellen zu können.

Die Handelsarbeiter, Transport- und Verkehrsarbeiter haben aber nicht nur ihre Anerkennung und Gleichberechtigung bei den Unternehmern erkämpft, sondern durch ihre vorbildliche Organisation auch den gebührenden Platz in der Arbeiterbewegung errungen.

Der Ausbruch des Weltkrieges hemmte die Weiterentwicklung. Die infolge Einberufung zum Heeresdienst einziehende rückläufige Bewegung hatte im Jahre 1916 mit 15 100 Mitgliedern ihren tiefsten Stand erreicht. Ihr folgte nach Beendigung des Krieges eine stürmische Aufwärtsentwicklung, die im Jahre 1920 mit 154 078 Mitgliedern ihren höchsten Stand erreichte. Die bisher unorganisierten Massen, die uns damals zuströmten, konnten infolge der Nachkriegswirren und der einziehenden Geldinflation nicht zu überzeugten Gewerkschaftern herangebildet werden. Sie waren auch nur in dem Glauben zu uns gekommen, durch die gewerkschaftliche Organisation Schutz vor den Folgen der Geldentwertung zu finden. Eine Aufgabe, die selbst bei täglicher Lohnverhandlung mit den Unternehmern infolge dauernder Entwertung der Mark nicht zur Zufriedenheit gelöst werden konnte. Wiedermar setzte eine rückläufige Bewegung ein, die im Jahre 1924 nach Wiedereinführung der festen Währung mit 46 440 Mitgliedern ihren Abschluß fand. Seit dieser Zeit ist eine stetige und gesunde Aufwärtsentwicklung unserer Mitgliedschaft zu verzeichnen, so daß wir am Ausgang des Jahres 1928 70 024 Mitglieder, darunter 10 033 weibliche und 1975 jugendliche, nummern konnten.

Im neuen, laufenden Geschäftsjahre ist, obwohl die Wirtschaftslage eine merkliche Verschlechterung erfahren hat, die Entwicklung unserer Mitgliedschaft zufriedenstellend. An Neuaufnahmen konnten im 1. Quartal 4 850, im 2. Quartal 5 871 vollzogen werden. Das 3. Quartal scheint seinen Vorgängern nicht nachstehen zu wollen, denn vor endgültigem Quartalsabschluß sind bereits über 5 000 Neuaufnahmen gezählt worden. Insgesamt kann gesagt werden, daß die Aufnahmehiffer der ersten drei Quartale des Vorjahres auch im laufenden Geschäftsjahre trotz Wirtschaftverschlechterung gehalten werden konnten. Wenn nicht noch unvorhergesehene Ver-

hältnisse eine Wendung herbeiführen, so dürfte auch das laufende Geschäftsjahr als ein in der Entwicklung an Kämpfen und Erfolgen für die gesamte Kollegenschaft befriedigendes bezeichnet werden können.

Der bevorstehende Zusammenschluß des Deutschen Verkehrsbandes mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter wird ein weiterer Abschnitt in der Entwicklungsgeschichte der Organisation sein. Die Berliner Ortsverwaltung wird dann mehr als 110 000 Mitglieder als Kämpfer in ihren Reihen zählen können. Wenn auch der Ring, der die gesamten Verkehrsarbeiter umfassen soll, durch das Fehlen des Einheitsverbandes der Eisenbahner noch nicht als geschlossen gelten kann, so dürfen wir doch auf die Zeit hoffen, wo diese Lücke in der werdenden Großorganisation ausgefüllt sein wird.

Heinrich Schlee

Am 21. September starb im Krankenhause nach längerer Krankheit unser Kollege Heinrich Schlee im Alter von 70 Jahren.

Am 24. März 1859 in Glöckstadt geboren, kam Schlee schon früh als Junge zur Fahrt auf den Küstenweier, nach der Dienstzeit bei der Marine zur Unterelbschiffahrt und von dieser zur Gewerkschaft in Hamburg. An dem großen Kampf der Hafensarbeiter und Seelente 1896/97 beteiligt, wurde Schlee von diesem Zeitpunkt an der ehrenamtliche Führer der Branche der Ewerführer und hat mit großer Ausdauer und unermüdbar für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Berufskollegen gewirkt. Durch ihr Vertrauen wurde Schlee am 1. Juli 1906, nachdem die Kastenschiffahrt sich der Branche angeschlossen hatten, zum besoldeten Leiter gewählt. Nach der Vereinigung der Mitgliedschaften der Hafensarbeiter von Hamburg-Altona zu einer Verwaltung gehörte er dieser und nach dem Zusammenschluß mit dem Transportarbeiterverband, jetzigem Verkehrsband, am 1. Juli 1910 der Bezirksverwaltung als besoldetes Mitglied an.

Heinrich Schlee hat in zäher, zielbewusster Arbeit für die Organisation und seine Berufskollegen sowie aber auch für die Partei in hervorragendem Maße gewirkt. Sein Wort fand Geltung auch in den Reihen der Unternehmer. Er war stets ein ehrlicher und aufrechter Kämpfer. Es war ihm noch vergönnt, in treuer Freundschaft mit seiner Frau im Ruhestand ab 30. Mai 1925 einige ruhige Tage zu verbringen. Sein Wirken auf dem Gebiet der Arbeiterwohlfahrt, während des Krieges und nachher, hat er bis zu seinem Lebensende mit unermüdbarem Pflichteifer fortgesetzt. Überall, wo es galt, zu helfen, Not zu lindern, finden wir unsern Freund und Genossen auf dem Plan.

Mit ihm ist einer der besten und treuesten Kämpfer für die gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Verkehrsband, besonders die Sektion Hafensarbeiter, und für die SPD. dahingegangen.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.

Die Adresse des Bundesauschusses ist:
August Eibede, Magdeburg, Schrotestr. 17 III.

Abhanden gekommen sind die Mitgliedsbücher bzw. Karten der nachbenannten Kollegen:

- In Aue: Karl Taubner, Hpt.-Nr. 1 619 648.
- In Bahren: Gerhard Oberlein, Hpt.-Nr. 1 638 673.
- In Chemnitz: Ernst Dörmann, Hpt.-Nr. 1 721 539.
- In Dresden: Reinhold Krensch, Hpt.-Nr. 806 979; Bruno Schwarzer, Hpt.-Nr. 818 100; Kurt Wagner, Haupt-Nr. 810 049; Kurt Wagner, Faktulartarte Hpt.-Nr. 38 249.
- In Herford: Fritz Müller, Hpt.-Nr. 1 995 015.
- In Schwandorf: (Eingelmitglied) Johann Pfant, Hpt.-Nr. 2 492 541.
- In Swinemünde: Emil Arsten, Hpt.-Nr. 2 340 245.

Falls diese Ausweise vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzuliefern.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 20, Ziffer 8a und b der Bundesatzung:

- In Groß-Berlin: Gustav Suppa, Hpt.-Nr. 66 417.
- In Gotha: Paul Ernst, Hpt.-Nr. 1 908 274.
- In Guben: Karl Fücktenau, Hpt.-Nr. 1 931 062.

Der Vorstand.
D s w a l d S c h u m a n n, Berlin SO 16
Mittelstr. 11.

Berichtswortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO 16
Karl-Liebknecht-Str. 10, n. b. 2, Berlin SO
Druck: Maurer & Dammig, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 34/38.

